

Wirtschaftlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend



Verlagspreis: Die Jahrgangshälfte 100.— M., Resthälfte 90.— M.
Abbestellungsfrist: Die Jahrgangshälfte dieses Blattes, Resthälfte 10. bis spätestens vormittags 9 Uhr. Spätere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.
Erscheinet wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 17.00 RM.
von unseren Agenten und Postämtern 16.00 RM.
Einzel-Nummer 1.50 RM.
Bestellungsfrist und monatliche Bezüge werden außer bei den Geschäftsstellen, Zeitungs-10, auch von unseren Agenten und allen Buchhandlungen angenommen.

Amliches Verhandlungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 62

Donnerstag, den 31. Mai 1923.

62. Jahrgang

Die Grenze der Möglichkeit.

In seinem Rundschreiben an die Entente hatte der Reichsminister Dr. Günz das Angebot von 30 und zwei- und 30 Milliarden Goldmark als das äußerste Angebot bezeichnet, welches Deutschland mit einem Geisseifer leisten könnte. Wie möglich für die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen sollte das Vermögen des Reiches und seiner Glieder dienen.

Der ungeliebte Reparationsvertrag von zusammen 30 Milliarden blieb nur um ein Geringes hinter der englischen Forderung aus den Vorjahren zurück. Außerdem gelang die Reichsregierung noch zu, daß es dem Gemeinwohl einer internationalen Sachverständigen-Kommission anheim gestellt werden sollte, zu prüfen, ob Deutschland mehr als 30 Milliarden zahlen könnte. Die Sachverständigen über die Erfüllung der Verpflichtungen sollten des Näheren durch Verhandlungen festgestellt werden.

Wie aus den Antworten Englands und Italiens auf die deutsche Note bekannt ist, wünschten diese den Barbetrag erhöht, ganz besonders aber die allgemeine finanzielle Unterstützung der Garantien genauer festgesetzt zu sehen. Der Reichsminister hat demnach die Reichsregierung wie die Regierungen der Einzelstaaten sich im Prinzip bereit, über die „Grenze der Möglichkeit“, die in dem Rundschreiben vom 2. Mai in Aussicht genommen war, hinauszugehen.

Es geht hier, daß die finanzielle Kraft des Reiches und der Einzelstaaten nicht genügt, um an Reparationen und Garantien teilzuhaben, was Dr. Günz in Vorschlag bringen will. Die Abtragung der Leistungsfähigkeit muß also auf noch weitere Schulden gelegt, und auch die Wirtschaft erweitert werden. Die der Vertrag von Versailles für Reich und Staaten in Aussicht genommen hat. Früher schon wurden einmal die großen Wirtschaftskrisen des Reiches in Aussicht genommen, an dieser schwierigen Situation zu tragen, aber die Besprechungen führten damals zu keinem Ergebnis.

Heute brennt das Feuer nicht nur uns, sondern auch der Entente stärker auf den Nägeln, und zunächst ist der Reichsverband der Deutschen Industrie in diese Richtung Erklärungen eingetroffen. Es ist natürlich nicht allein mit dem Wunsch, die Wirtschaft zu stärken, die praktischen Maßnahmen hinzutreten, denn im Kernverstehen kann nicht aus Rücksicht des allgemeinen Wohls die Erziehung von Tausenden von Betriebsstätten und die Beschäftigung ihrer Angehörigen und Arbeiter aus Ziel gesetzt werden. Die Teilnahme der Industriellen an der Reparations-Garantie hat also nur einen Zweck, um den deutschen Wirtschaftskreis keine Arbeitsverminderungen und Abhängigkeiten einzutreten.

Es ist daher zu verstehen, wenn die Industriellen in ihrer Denkschrift, die jetzt im Wortlaut vorliegt, auch besonderen Wert darauf legen, daß Beschäftigte beschäftigt werden, die ihnen ein möglichst rationelles und produktives Arbeiten ermöglichen. Und ebenso wichtig ist es, wenn man im Stand ist, das Geschäft des Reichsbetriebs, die jetzt während großer Rückschläge stehen, wieder produktiv werden, um auch an ihrem Teil an der Abtragung der Reparationslasten teilnehmen zu können. Man wird deshalb diese Vorschläge nicht alle voreingenommen nur von dem Gesichtspunkt aus prüfen, ob sie geeignet sind, die heute überaus dringende Wirtschaft, gesund zu machen und sie wieder in den Stand zu setzen, die ungeliebten Leistungen zu vollbringen, die der verlorene Krieg von uns fordert.

Daß die letzte Entscheidung darüber, was der deutsche Wirtschaft, insbesondere die deutsche Industrie im Interesse des Vaterlandes zu leisten habe, nach der Industrie selbst, sondern einzig und allein der Reichsregierung obliegt, darüber hat diese Note kein Zweifel gelassen. Aber auch die Reichsregierung wird sich bei ihrer Entscheidung von dem Hauptpunkt fernhalten müssen, daß man eine Grenze der möglichen Leistung soll, nicht schließen darf.

Die Denkschrift der Industrie.

Forderung der freien Wirtschaft.

Der Wortlaut der Denkschrift, die das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie über die Garantieforderung an den Reichsminister gerichtet hat, ist jetzt im Wortlaut bekanntgegeben worden. Im wesentlichen entsprechen die Vorschläge den Mitteilungen, die darüber schon gemacht worden waren. Die Denkschrift erklärt in ihrem ersten Teil zunächst, daß im innerdeutschen Verhältnis der Staat Erschließung für die Reparationen ist, dann heißt es weiter:

Die industrielle Wirtschaft befindet sich für den freien Bürger selbstverständlichen Verpflichtung, für das im Staat verfügbare Vermögen die bestmögliche den Tragfähigkeit hinzutreten. Das Ziel aller Bemühungen ist die Steigerung

der produktiven und wirtschaftlichen Freiheit. Jedoch kann eine Berechtigung zur Übernahme von großen Sonderlasten auch durch die Industrie nur ausgedrückt werden, wenn gleichzeitig das Gesamtproblem der Reparationen sowohl nach außen als auch innerhalb Deutschlands eine richtige Lösung erhält.

Im zweiten Abschnitt der Denkschrift wird dann näher ausgeführt, wie sich die Industrie die Leistungen denkt, die der Staat und sie selbst zu erfüllen haben wird. Dabei wird zunächst allerlei für erforderlich erklärt: Erhaltung der vollen Substanz der staatlichen Vermögenswerte und Wahrung der Hoheit. Dann heißt es:

Eine erfolgreichere Sachbearbeitung der (alleinigen) staatlichen Finanzverhältnisse kann nur vor sich gehen, wenn die Reichs- und Staatsbetriebe nach privatrechtlichen Grundsätzen regeneriert und dauernd betrieben werden. Nach Meinung der Industrie wird es möglich sein, auf diesem Wege aus diesen Betrieben in absehbarer Zeit wieder etwa 600 Millionen Goldmark, bei günstiger Entwicklung der Wirtschaft eine Milliarde und mehr herauszuwickeln.

Die Garantie der Wirtschaft.

Es wird weiter in der Denkschrift ausgeführt, kann nur in einer Verpfändung ihrer Sachwerte liegen:

Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ist der Ansicht, daß die Wirtschaft — und zwar landwirtschaftlicher Grundbesitz, Industrie, Handel und Gewerbe — unter Ausnutzung aller Kräfte neben den sonstigen schweren Lasten unter Erhaltung einer Reihe von Voraussetzungen für die Zeitdauer bis zum Höchstmaß von 500 Millionen Goldmark auf die Dauer von 30 Jahren übernehmen sollte. Der Kapitalwert einer betriebliehen Abfertigung überdeckt die Hälfte des gegenwertigen Wertes derer, die den gesamten privaten Immobilienbesitz, welcher als Pfand dienen muß. Die industrielle Wirtschaft erklärt sich bereit, 40 Prozent der genannten Garantiesumme anzunehmen ohne Rücksicht auf das normale Strafverhältnis der Verpfändungsgegenstände der verschiedenen Wirtschaftsklassen muß von Zeit zu Zeit neu festgelegt werden, entsprechend der jeweiligen Leistungsfähigkeit. Zur Erhöhung der Ertragsfähigkeit des landwirtschaftlichen Hausbesitzes wird

Abbau der Zwangsmaßnahmen

gefordert. Als Pfand könne nur der Besitz an unbeweglichem Vermögen dienen. Weiterhin wird dann noch folgende Sachverhalte bei den Staatsausgaben gefordert:

Der dritte Abschnitt beschäftigt sich mit der Voraussetzung für die Lebensdauer der vorgenannten Verpflichtungen. Es wird zunächst ein Aufschwung der Reparationszahlungen gefordert, damit Deutschland seine innere Lage stabilisieren könne. Zum Schluß werden folgende

inneren Wirtschaftsreformen

gefordert:

1. Grundtätigste Reinhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -verteilung, insbesondere hinsichtlich der Beschaffung wichtiger Güters, nicht

a) Aufhebung der Kriegs- und Finanzwirtschaft einschließlich des Abbaus der Außenhandelskontrolle, soweit letztere nicht zur Sicherstellung einiger weniger lebenswichtigen Gegenstände, Währungsicherung und dergleichen erforderlich und tatsächlich erforderlich ist.

b) Aufhebung aller Demobilisierungsmaßnahmen und Beendigung der Staatsengpässe, auf das Schiedsrichtergam bei Wirtschaftskrisen von allgemeiner Bedeutung.

2. Erhaltung des Betriebskapitals und Ermöglichung angemessener Neubildung von Betriebskapital zum Zweck der Ergänzung und Entwicklung der Wirtschaftskrisen.

3. Erhaltung der vorhandenen Arbeitskraft für quantitative und qualitative Erhöhung der Produktion, aktive Steigerung der allgemeinen Arbeitsleistung. Dies legt voraus:

a) Grundtätigste Aufrechterhaltung des Massenstandards der Erziehung der Tariffreiheit im Sinne der Vorarbeiten des Reichsministeriums, Schaffung eines Arbeitszeitgesetzes ferner Entlassung der Wirtschaft von unproduktiven Eöhnen.

b) Sicherung dieser Bedingungen — so heißt es in dem Schluß — könnte die Wirtschaft eine Mitverantwortung nicht übernehmen.

Eine Regierungserklärung.

Die sich mit dem Schreiben der Industriellen befaßt, besagt u. a.:

Die Regierung wird unter eigener Verantwortung und in voller Unabhängigkeit prüfen, wie weit die Darlegungen des Schreibens über die Bemessung und Verteilung der von der Wirtschaft anzubringenden Leistungen bei den weiteren Schritten der Reichsregierung Bewertung finden können. Denn so sehr es zu begreifen ist, daß in Erkenntnis der Notwendigkeit großer Opfer in die Hände der Betroffenen, an den zu lösenden Problemen mitzuarbeiten, so wenig entbehrt die Regierung von der Aufgabe, von sich aus Maß und Berechnung der Maßnahmen unter

Beachtung der Interessen aller Erwerbsstände festzusetzen zu bestimmen und unabhängig festlegen. Die Vorarbeiten hierfür sind von der Regierung angenommen. Mit den gleichen Selbstverantwortung wird die Reichsregierung die Maßnahmen vorbereiten, die für die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erforderlich sein werden, wie sie im wesentlichen in der Note vom 14. November unter weitgehender Zustimmung der Parteien unternommen und von der Regierung überholt genehmigt worden sind.

Marktlösung und Marktwort.

Die Verhandlungen vor dem Unterjagdungsamt.

Im Unterjagdungsamt des Reichstags zur Wirkung der Maßnahmen zur Erhaltung der Marktlösung zunächst Staatssekretär Dr. Schröder einen Überblick über die von der Regierung im Bereich des Reichsbank getroffenen Maßnahmen. Für die Erhaltung der Marktlösung gab es — so heißt es — zwei Mittel: 1. Die Erhaltung der Gewährung von Banknoten, und 2. ein teilweises Eingreifen durch den Verkauf von Reichsbanknoten an deutsche und ausländische Börsen. In dieser Weise wurde dann die Aktion eingeleitet. Die Aktion hat durch den bekannten Erfolg gehabt, daß längere Zeit hindurch — ungefähr drei Monate — der Dollarkurs auf ungefähr 20 000 M. gehalten werden konnte. Selbstverständlich konnte es sich bei der ganzen Aktion nicht um eine Stabilisierung des Marktes handeln. Wir befinden uns in der Krise, und die ganze Maßnahme war weiter nichts, als eine Krisenmaßnahme. Im die notwendigen Mittel zu finden, hat die Regierung dann die Zollversicherung angesetzt aufgenommen. Im letzten Verlauf macht sich nun unsere hoffige Zahlungsbilanz geltend. Wir wurde für die Regierung das Eingreifen immer schwieriger, besonders dann, als der geringe Erfolg der Dollarkurs die Mittel brachte, die man erwartet hatte. Daher war man dazu übergegangen, nicht den Marktwort zu halten, sondern einige Tage die Gasse laufen zu lassen und dann einzugreifen. Von 17. April ab ist es dann der Reichsbank nicht mehr gelungen, die Marktlösung auch nur ein wenig zu halten.

Reichsbankpräsident Hanfstein.

Der im weiteren Verlauf der Sitzung in Begleitung des Vizepräsidenten von Glöckner erschien, führte u. a. aus:

Es sei nicht denkbar, die Marktlösung zu stabilisieren, solange die Voraussetzung für das Salutarat nicht besteht ist. Der Redner tritt mit aller Entschiedenheit den Gerüchten entgegen, als ob das Reichsbankdirektorium einer Intervention überhand gelassen hätte. Nicht einen Augenblick habe innerhalb des Reichsbankdirektoriums ein Zweifel darüber bestanden, daß bei der Stützung der Marktlösung eine politische Notwendigkeit vorlag. Es war uns klar, daß wir in dem Augenblick, kurz vor der Marktlösung, als der Dollar ungefähr auf 7000 M. keine Intervention erlösen lassen konnten. Man mußte bei der Marktlösung auf die Marktlösung einwirken und ein dringendes Emporgelassen des Dollars herbeiführen mußte. Daher mußte man warten, bis zu einem Augenblicke, in dem die Situation sich wieder ein wenig beruhigt hatte. Im letzten Drittel des Januar füllte man den Kurs heraus, den man halten konnte. Darauf erfolgte die Intervention. In diesem Augenblicke gelang es, die Marktlösung den Dollar auf 20 000 M. zu senken. Die Marktlösung dann weiter, ohne Einwirkung der Reichsbank, auf einen Dollarstand von 19000. Bald darauf ging der Dollar auf ungefähr 21 000—22 000, und auf diesem Stand hielt er sich bis in den April hinein. Wir sind mit nicht unerheblichen Schwierigkeiten konfrontiert, vor allem in unserer Liquidation. Den ganzen März hindurch konfrontiert mit erheblichen Beträgen. Insbesondere wurde es zur Genüge deutlich, daß der Bankmarkt sich länger hängen würde. Die Reichsbank wurde sich darüber klar, daß sie weitere erhebliche Mittel gebrauchen würde, um den Marktwort zu halten. Das ließ in der Reichsbankverwaltung den Gedanken entstehen, Schenkungen heranzubringen. Die Reichsbank begriff die Notwendigkeit des Kaufmanns Schenkungen. Es heißt darin: „Frankfurter Anzeiger“ haben sich bereit, auf deutschen Böden, den sie wiederum betreten haben, über die Freiheit oder gar über Leben und Tod von Deutschen zu befinden. Die deutsche Regierung hatte gehofft, daß sich die französische Regierung, wenn nicht aus Rechtsgründen, so doch aus Gründen der Menschlichkeit.

Deutsches Reich.

den 30. Mai 1923.

Deutsche Protestnote gegen die Erziehung Schenkungen. Die Reichsregierung hat die französischen Forderungen eine Protestnote zugehen lassen gegen die Erziehung des Kaufmanns Schenkungen. Es heißt darin: „Frankfurter Anzeiger“ haben sich bereit, auf deutschen Böden, den sie wiederum betreten haben, über die Freiheit oder gar über Leben und Tod von Deutschen zu befinden. Die deutsche Regierung hatte gehofft, daß sich die französische Regierung, wenn nicht aus Rechtsgründen, so doch aus Gründen der Menschlichkeit.

Die höchsten Poststellen in der Bahnstrecke, zu denen auch die Banken des Bauvereins gehören, werden fortgesetzt unbefugter Weise betreten.

Wir warnen hiermit letztmalig vor dem Betreten der Baustellen sowohl wie der Bauten und werden in Zukunft rüchlichst streng vorgehen.
Leipzig, den 29. Mai 1923.

Der Magistrat. Schillen.

Der diesjährige **Kirchenausschuss** der Gemeinde **Gröfzula** soll

Sonnabend, d. 2. Juni abends 6 Uhr in **Walther's Lokal** öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Bedingungen im Termin.

Gröfzula, d. 28. Mai 1923.

Der Gemeindevorsteher.
R. g.

Kircherverpachtung.

Der diesjährige **Kirchenausschuss** der Gemeinde **Unterka** soll

Donnerstag, den 31. Mai nachm. 5 Uhr im **Gasthof zu Oberkata** öffentlich meistbietend verpachtet werden. Bedingungen im Termin.

Der Gemeindevorsteher.

Kirchen-Verkauf.

Der Anhang von **Süß** und **Sauerkirchen** der Gemeinde **Preßsch** soll am

Donnerstag, den 31. Mai nachm. 1 Uhr im **Gasthof Preßsch** öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden.

Gemeinde **Preßsch**.

Kircherverpachtung.

Der diesjährige **Kirchenausschuss** der Gemeinde **Oberneffa** soll

Freitag, den 1. Juni nachm. 6 Uhr im **Katholischen Gasthofe** öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Bedingungen im Termin

Der Gemeindevorsteher.

Der Kirchen-Anhang

der Gemeinde **Lagwitz** soll

Sonnabend, den 2. Juni nachm. 5 Uhr an Ort und Stelle öffentlich meistbietend verpachtet werden. Bedingungen im Termin.

Der Gemeindevorsteher.

Sonntag, den 3. Juni 23. vorm. 10 Uhr soll die diesjährige **Grasnutzung** der Gemeinde **Ruhdorf** öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Der Gemeindevorsteher.

Gute Käufer

für die verschiedensten Gegenstände, wie neue und gebrauchte Möbel, Einrichtungsgegenstände, Musikinstrumente, Nähmaschinen, Hausgeräte usw., melden sich stets in grosser Zahl auf eine „Kleine Anzeige im:“

„Wöchentlichen Anzeiger“.

Herren-, Knaben- und Arbeitskleidung in großer Auswahl billigst
Hermann Schulze, Grüner Weg 1.
Meiner wertigen Kundsch. zur Kenntnis, daß ich

Sonnabend, den 2. Juni

mein Geschäft dringender Angelegenheit halber um 2 Uhr schliesst.
D. D.

Kanzleipapier, Geschäftspapier

empfeht billigst **Papierhandlung N. Lieferenz.**

Königs Taschenfahrplan Papierhdl. N. Lieferenz.

eingetroffen

Ein Hausmädchen

von 15-17 Jahren

ist sofort gefast.

Gut Nr. 2, Schortau

Lichtspiele Weisse Wand

Achtung. Nur 3 Tage.
Freitag, den 1. Sonnabend, den 2. und
Sonntag, den 3. Juni

Die mit Spannung erwarteten Fortsetzungen

Das gelbe Dreieck

3. Teil

Gräber, die sich öffnen.

4. Teil

Das Haus des Vergessens.

Dazu der große Lustspiel-Feld

Gr - Seyrold Ilopd.

Er und seine zwei Rivalen.

Ein jeder muß Lachen!

Verführung 6.30 und 9 Uhr.

Drucksachen

jeder Art

fertig geschmückt und billig

an

Buchdruckerei

Otto Lieferenz, Geuchern.

Gardinen-Spezialhaus M. Köppel,

Naumburg, Weingarten 21. **Weissenfels, Kleine Kalandstr. 9.**

Extra

billige Angebote

in **Gardinen, Stores, Bettedecken, Madrasgarnituren, Kanten, echte Handarbeitsstores, Vorhängelein, Tischdecken, Divandeecken, Hemdentuche, Scheuertücher.**
Anfertigung moderner Künstler-Gardinen.

Gasthof Bonau.

Sonntag, den 3. Juni großer

Schweizerball.

Wegen Kollegen nebst Ehrener freundschaftlich einladen.

Der Schweizerverein

Obersfeld.

Junge Schweine

verkauft

H. Richter, Gröben.

Stachelbeeren und Pörschpflanzen

verkauft

E. Schwager.

Kleines Wohnhaus

von zahlungsfähigen Käufer sofort zu kaufen gesucht.

Offerten unt. **H. S.** an die

Geschäft, erbeten.

Wanzen!

Flohe! Ungeziefer tötet radikal „Disoret“.

Zu haben bei **Carl Eitze, Drogerie.**

Älteres Mädchen

gute häusliche Stelle, bei hohem Lohn nach Berlin gesucht.

3e erst. in der Geschäftsstelle d. Bl.

Eine fast neue einreihige Wiener

Harmonika

preiswert zu verkaufen.

Zu erfragen in der Expd. d. Bl.

Reinigen Sie Ihr Blut!

Dr. Baileb's Blutreinigungstee „Maikur“ ist der Beste.

Zu haben bei **Carl Eitze.**

Zur gef. Beachtung.

Infolge weiterer bedeutender Preissteigerungen für Druckpapier, Farbe und sonstige Materialien sehen wir uns veranlaßt, den Bezugspreis für den „Wöchentlichen Anzeiger“ auf **1600 M.** ausschließlich Trägerlohn zu erhöhen.

Die Geschäftsstelle.

Kreisarbeitsnachweis Geuchern.

Ämtliche Meldestelle für alle offenen Stellen.

Geschäftszeit werktäglich von 8¹/₂—1 Uhr.

Gesucht werden:

Mädchen und 1 Knabe in die Landwirtschaft, Arbeiterinnen im Alter von 15—17 Jahren und über 18 Jahren, 1 Müller

Stellen suchen:

2 ältere, tüchtige Mädchen in die Landwirtschaft.

Schützenverein Schortau.

Freitag, den 1. Juni abends 8 Uhr

Donatsversammlung

im Gasthof Schortau.

Wegen wichtiger Tagesordnung vollständiger Erscheinens erwünscht.

D.H.V.

Freitag Abend 8 Uhr bei

Beizhals

Verammlung.

Zu haben bei

Rudolf Lieferenz.

Tinte

zu haben bei

Rudolf Lieferenz.

Stenographenverein Stolze Schrey, Geuchern

Donnerstag, den 31. Mai 23

Verammlung

Wichtige Tagesordnung.

Der Vorstand.

Verammlung

in **Artholds Gasthaus**

am **Sonnabend, den 2. Juni** abends 8 Uhr.

Tagesordnung wird in der

Verammlung bekanntgegeben.

Zahlreiches und pünktliches

Erscheinen, besonders auch der

neuen Mitglieder, erbeten.

Der Vorstand.

Spielvereinigung Geuchern.

Donnerstag, den 31. Mai

abends 7 Uhr

Spielerziehung.

Das Erscheinen aller Spieler

ist unbedingt erforderlich.

Der Spielausschuß.

5000 Mark Belohnung

erhält derjenige, welcher mit

die Person namhaft macht, die

mit auf meinem Augenweide

an **Legnitzersee** beim **Hinterausgehen** großen Schaden

zugefügt hat.

Sage Berger.

Für jede Tageszeitung

vermitteln wir auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen

Anzeigen

kostenlos und ohne Aufschlag auf die festgelegten

Gebühren.

Geschäfts- d. Wöchentlichen Anzeigers.

Kontorartikel

liefert zu mäßigen Preisen

Papierhdl. N. Lieferenz.

Nachruf!

Am 26. Mai verschied plötzlich und unerwartet nach kurzer Krankheit unser pflicht-treuer Meister und Lehrherr, der

Buchdruckereibesitzer

Herr Otto Lieferenz.

Durch seinen ruhigen, hochachtbaren Charakter war er uns ein Vorbild.

Wir werden seiner ehrend gedenken und rufen ihm ein „Ruhe sanft“ und „Hab Dank“ in sein kühles Grab nach.

Das Buchdrucker-Personal.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz, Leuzgern.

Wächter und Anzeiger für Teuchern



Verlagspreis: Die halbjährliche Kopiergebühr 100.— M., Restausgabe 200.— M.

Abgabezeitung in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Poststraße 10, die halbjährliche Kopiergebühr 100.— M., Restausgabe 200.— M.

Erste Ausgabe am Montag, Mittwoch und Freitag, jeweils 6 Uhr bei den folgenden Tagen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 62 I

Donnerstag, den 31. Mai 1923.

62. Jahrgang

Die Grenze der Möglichkeit.

In seinem Hauptvertrage an die Entente hatte der Reichkanzler Dr. Brüno das Angebot von 20 und zweimal 20 Milliarden Goldmark als das äußerste Angebot bezeichnet, welches Deutschland mit gutem Gewissen leisten könne. Als Bürgschaft für die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen sollte das Vermögen des Reiches und seiner Glieder dienen.

Der vorgeschlagene Reparationsbetrag von zusammen 60 Milliarden Goldmark ist ein Betrag, den die Entente nicht annehmen würde, wenn sie nicht die Versicherung erhielt, daß die Reparationsleistungen nicht über die Möglichkeiten der Reichsregierung hinausgehen werden. Die Bürgschaften über die Erfüllung der Verpflichtungen sollten die Mächte durch Verhandlungen feststellen werden.

Wie aus den Antworten Englands und Italiens auf die deutsche Note bekannt ist, wünschen diese den Reparationsbetrag erhöht, ganz besonders aber die allgemeine gezielte Zuzugabe der Garantien neuer gefordert zu sehen. Der letzte Punkt ist die Zuzugabe in dem Reichsgebiet, den Reparationsleistungen der Wirtschaften sind im Prinzip bereit, über die „Grenze der Möglichkeit“, die in dem Bundesvertrage vom 2. Mai in Aussicht genommen war, hinauszugehen.

Es steht fest, daß die finanzielle Kraft des Reiches und der Einzelstaaten nicht genügt, um an Reparationen und Garantien sofort das zu leisten, was die Entente in Vorschlag bringen will. Die Übertragung der Leistungsfähigkeit muß also auf noch weitere Schulden gelegt, und auch die Bürgschaft erweitert werden, die der Vertrag von Versailles für Reich und Staaten in Aussicht genommen hat. Früher schon wurden einmal die großen Wirtschaftskrisen des Reiches in Aussicht genommen, an dieser schwierigen Lösung betrauen, aber die Reparationsleistungen führten damals zu keinem Ergebnis.

Heute breitet das Feuer nicht nur aus, sondern

winning der politischen und wirtschaftlichen Freiheit. Deshalb kann eine Bereitschaft zur Übernahme von großen Entlohnungen auch durch die Industrie nur ausgedehnt werden, wenn gleichzeitig das Gesamtproblem der Reparationen (sowohl nach außen wie auch innerhalb Deutschlands) eine wirksame Lösung erfährt.

Im zweiten Abschnitt der Denkschrift wird dann näher ausgeführt, wie sich die Industrie die Leistungen denkt, die der Staat und sie selbst zu erfüllen haben wird. Dabei wird zunächst zweierlei für erforderlich erklärt: Erhaltung der vollen Substanz der staatlichen Vermögenswerte und Wahrung der Vollhoheit. Dann heißt es:

Eine erfolgsversprechende Sanftbarmachung der (alleinigen) staatlichen Forderungen kann nur vor sich gehen, wenn die Reichs- und Staatsbetriebe nach privatrechtlichen Grundsätzen regiert und dauernd betrieben werden. Nach Meinung der Industrie wird es möglich sein, auf diesem Wege aus diesen Betrieben ein absehbarer Zeit Wert von etwa 600 Millionen Goldmark, bei glücklicher Entwicklung der Wirtschaft eine Milliarde und mehr herauszubekommen.

Die Garantie der Wirtschaft.

so wird dann weiter in der Denkschrift ausgeführt, kann nur in einer Verpfändung ihrer Substanz liegen.

Das Verhältnis des Reiches zum Ausland ist der Schlüssel zur Lösung der Wirtschaft — und zwar landwirtschaftlicher und industrieller Grundstoffe, Handel und Gewerbe — unter Ausnutzung aller Kräfte neben den sonstigen schweren Lasten unter Erhaltung einer Reihe von Voraussetzungen, nämlich einer Inanspruchnahme bis zum Höchstmaß von 200 Millionen Goldmark auf die Dauer von 20 Jahren übernehmen sollte. Der Kapitalwert einer derartigen Jahresleistung übersteigt die Hälfte des gegenwertigen Wertes, welches als Pfand dienen muß. Die industrielle Wirtschaft erklärt sich bereit, 40 Prozent der genannten Garantiesumme zu zahlen ohne Rücksicht auf das normale Verhältnis der Wirtschaftskrisen zu übernehmen.

Der Verpfändungsmaßstab der verschiedenen Wirtschaftskrisen muß von Zeit zu Zeit neu festgelegt werden, entsprechend der jeweiligen Leistungsfähigkeit. Zur Erhöhung der Ertragsfähigkeit des landwirtschaftlichen Hausbesitzes wird

Abbau der Zwangsmaßnahmen

gefordert. Als Pfand könne nur der Besitz an unbeweglichem Vermögen dienen. Weiterhin wird dann noch äußerste Sparmaßnahme bei den Staatsausgaben gefordert.

Der dritte Abschnitt beschäftigt sich mit den Voraussetzungen für die Lebensdauer der vorgenannten Verpflichtungen. Da wird zunächst ein Ausschluß der Reparationszahlungen gefordert, damit Deutschland seine innere Lage stabilisieren könne. Zum Schluß werden folgende

inneren Wirtschaftsverformen

gefordert:

1. Grundtätigste Herabhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und Verteilung, insbesondere für die Bekämpfung wirklichen Minderwerts, mithin

a) Aufhebung der Kriegs- und Zwangswirtschaft einschließlich des Abbaues der Außenhandelskontrolle, soweit letztere nicht zur Sicherstellung einiger weniger lebenswichtiger Erzeugnisse für den Export und den Export erforderlich und tatsächlich durchführbar ist.

b) Aufhebung aller Demobilisationsvorschriften und Beschränkung des Staatsgewalts auf das Schiedsrichteramt bei Wirtschaftsverhältnissen von allgemeiner Bedeutung.

2. Erhaltung des Betriebskapitals und Ermöglichung angemessener Renditen bei Wirtschaftskrisen zum Zweck der Erhaltung und Entwicklung der Wirtschaftskrisen, mithin

entsprechende Umgestaltung der heute vielfach willkürlichen Steuerergänzungen (z. B. Gewerbesteuer), insbesondere Lösung der Steuerumlage und Schaffung eines klaren, den Sparmaßnahmen angelegten Steuerrechts.

3. Voller Einsatz der vorhandenen Arbeitskraft für quantitative und qualitative Lösung der Produktion, alle Steigerungen der allgemeinen Arbeitsleistung.

Bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Mindestlohnes Erhöhung der Tariffreiheit im Sinne der Vorarbeiten des Reichsministeriums, Schaffung eines Arbeitsgesetzes ferner Entlastung der Wirtschaft von unproduktiven Lasten.

Die Vornahme dieser Bedingungen — so heißt es in dem Schreiben — könnte die Wirtschaft eine Verantwortung nicht übernehmen.

Eine Regierungserklärung.

Die sich mit dem Schreiben der Industriellen befaßt, besagt u. a.:

Die Regierung wird unter eigener Verantwortung und in voller Unabhängigkeit prüfen, wie weit die Darlegungen des Schreibens über die Beteiligung und Beteiligung der von der Wirtschaft aufzubringenden Leistungen bei den weiteren Schritten der Reichsregierung Berücksichtigung finden können. Denn so sehr es zu begehren ist, daß in Erkenntnis der Notwendigkeit großer Einzelne Schritte sich betretenden, an den zu lösenden Problemen mitzuarbeiten, so wenig entbehrt dies die Regierung von der Aufgabe, von sich aus Maß und Vertretung der Schritten unter

Verpflichtung der Mächte alle Entscheidungen sofort zu bestimmen und unabhängig festzusetzen. Die Verantwortlichkeit hierfür wird von der Regierung übernommen. Die gleichen Selbstverantwortung wird sie die getragenen Maßnahmen vorbereiten, die die Steigerung der deutschen Leistungsfähigkeit erstreblich ist, wie sie im wesentlichen in der Note vom 14. November unter weitgehender Zustimmung der Parteien unternommen und von der Regierung wiederholt ausgedrückt worden sind.

Marktsituation und Marktzug.

Die Verhandlungen vor dem Untersuchungskonstitut.

Im Untersuchungskonstitut des Reichstages zur Wirkung der Maßnahmen zur Erhaltung der Marktzug zunächst Staatssekretär Dr. Schröder einen Überblick über die von der Regierung im Bereich des Reichsbank getroffenen Maßnahmen. Für die Erhaltung der Marktzug als — so führte er aus — zwei Punkte: 1. Die Erhaltung der Marktzug durch den Verkauf von Reichsbanknoten in deutschen und ausländischen Werten. In dieser Weise wurde dann auch die Aktion eingeleitet. Die Aktion hat dann den bekannten Erfolg gehabt, daß längere Zeit hindurch — ungefähr drei Monate — der Dollarkurs auf ungefähr 20 000 M. gehalten werden konnte. Selbstverständlich konnte es sich bei der ganzen Aktion nicht um eine Stabilisierung des Marktzuges handeln. Wir befinden uns im Krieg, und die ganze Maßnahme war weiter nichts, als eine Kriegsmassnahme. Um die notwendigen Mittel zu decken, hat die Regierung dem Dollarkurs anliehen aufgenommen. Im späteren Verlauf mag sich nun unsere hoffliche Zahlungsbilanz geltend machen, aber die Regierung hat die Eingriffe immer schwieriger, besonders dann, als der geringe Erfolg der Dollarkurs die Mittel brachte, die man erwartet hatte. Daher war man dazu übergegangen, nicht den Marktzug zu halten, sondern einige Tage die Sache laufen zu lassen und dann einzugehen. Von 17. April ab ist es dann der Reichsbank nicht mehr gelungen, die Marktzug auch nur einigermaßen zu halten.

Reichsbankpräsident Hanfstaengl, der im weiteren Verlauf der Sitzung in Begleitung des Vizepräsidenten von Glafeyn erschien, führte u. a. aus:

Es sei nicht denkbar, die Marktzug zu stabilisieren, solange die Voraussetzung für das Realniveau nicht beseitigt sei. Der Vizepräsident tritt mit aller Entschiedenheit dem Gedanken entgegen, als ob das Reichsbank direktorium einer Intervention überhand gelassen hätte. Nicht einen Augenblick habe innerhalb des Reichsbankdirektoriums ein Zweifel darüber bestanden, daß bei der Stützung des Marktzuges eine politische Notwendigkeit vorlag. Es war uns klar, daß wir in dem Augenblick, kurz vor der Durchführung, als der Dollarkurs sich zu erhöhen und dann einzugehen, erlangen lassen konnten. Man mußte, daß der Marktzug auf die Marktzug einwirken und ein Sprungbrett Emporgang des Dollars herbeiführen mußte. Daher mußte man warten, bis zu einem Augenblicke, in dem die Situation sich wieder ein wenig beruhigt hatte. Im letzten Drittel des Januar führte man den Kurs heraus, den man halten konnte. Darauf erfolgte die Intervention. In diesem Augenblicke gelang es, die Marktzug den Dollar auf 20 000 zu senken. Die Marktzug kam weiter, ohne Einfluß der Reichsbank, auf einen Dollarkurs von 19 000. Bald darauf ging der Dollarkurs auf ungefähr 21 000—22 000, und auf diesen Kurs hielt er sich bis in den April hinein. Wir sind nicht unerschütterlich bestimmten herausgekommen, vor allem im Ausland. Den ganzen März hindurch gelangten wir erhebliche Beträge. Inzwischen wurde es zur Gewissheit, daß der Marktzug sich länger halten würde. Die Reichsbank wurde sich darüber klar, daß sie weitere erhebliche Mittel gebrauchen würde, um den Marktzug zu halten. Das ließ in der Reichsbank die Überzeugung entstehen, daß die Maßnahmen weitgehend beizubehalten. Die Reichsbank begriff die Notwendigkeit der Marktzug, Geld für Papier zu beschaffen, waren aber weder Reich noch Reichsbank zu übernehmen in der Lage.

Deutsches Reich.

den 30. Mai 1923.

Deutsche Protestnote gegen die Erschießung Schöngers. Die Reichsregierung hat der französischen Regierung eine Protestnote gegen die Erschießung des Kaufmanns Schöngers. Es heißt darin: „Französische Kriegsverbrechen haben kein Recht, auf deutschem Boden, den sie widerrechtlich betreten haben, über die Freiheit oder gar über Leben und Tod von Deutschen zu befinden. Die deutsche Regierung hätte gehofft, daß die französische Regierung, wenn nicht aus Rechtsgründen, so doch aus Gründen der Menschlichkeit“



Die Denkschrift der Industrie.

Forderung der freien Wirtschaft.

Der Wortlaut der Denkschrift, die das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie über die Garantieforderungen an den Reichsbankler gerichtet hat, ist jetzt im Wortlaut bekanntgegeben worden. In wesentlichen entsprechen die Vorschläge den Mitteln, die darüber schon gemacht worden waren. Die Denkschrift erklärt in ihrem ersten Teil zunächst, daß im innerdeutschen Verhältnis der Staat Erschuldener für die Reparationen ist, dann heißt es weiter:

Die industrielle Wirtschaft bekennt sich zu der für sie eben bisher selbstverständlichen Verpflichtung, für das im Staat verpörrichte Vaterland bis an die Grenze der Tragfähigkeit einzutreten. Das ist aller Bemühungen ist die Wiederher-